

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FG/096(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Finanz- und Grundstücksausschuss	Mittwoch, 19.11.2008	Altes Rathaus, Hansesaal	16:00Uhr	18:55Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.2 Genehmigung der Niederschriften vom 16.10.2008 und 22.10.2008

- 4 Beschlussvorlagen**
- 4.1 Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH
Jahresabschluss zum 31.12.2007
Vorlage: DS0513/08
BE: II/01
- 4.2 Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg GmbH
Vorlage: DS0498/08
BE: II/01
- 4.3 Jahresabschluss 2007 der Jobcenter-Arbeitsgemeinschaft Magdeburg
GmbH
Vorlage: DS0515/08
BE: II/01
- 4.4 Prioritätenliste zur Verbesserung des baulichen Zustandes der
Verkehrsanlagen
Vorlage: DS0487/08

- 4.5 Fördermöglichkeiten in der Alten Neustadt
Vorlage: I0336/08
BE: Amt 61
- 4.6 ÜPL im Deckungskreis KiFöG in Höhe von 3.655.200 EUR in den
HHst 1.45400.760000.0 und 1.46400.718000.0
Vorlage: DS0543/08
BE: Amt 51
- 4.7 Entwicklung und Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) sowie
einmaliger Beihilfen gemäß § 22 und § 23 Sozialgesetzbuch (SGB)
Zweites Buch (II) - Stichtag: 30.09.2008
Vorlage: I0325/08
BE: Amt 50
- 4.8 Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von
2.800.700 EUR für die HHst 1.48200.691100.1 "Kosten der
Unterkunft und Heizung einschließlich Betriebskostennachzahlung"
gem. § 22 Abs. 1 SGB II
Vorlage: DS0540/08
BE: Amt 50
- 4.9 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Walter Meinecke

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Dr. Kurt Schmidt

Stadtrat Hilmar Schoenberner

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Geschäftsführung

Frau Michaela Paetsch

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Sitzung sind 6 Stadträte anwesend.

Herr Bromberg eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

1.1. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung lag den Stadträten rechtzeitig vor.

Herr Bromberg erläutert die vorgenommenen Ergänzungen zur Tagesordnung. In diesem Zusammenhang kommen die Mitglieder des Finanz- und Grundstücksausschusses überein, dass die „DS0487/08 Prioritätenliste zur Verbesserung des baulichen Zustandes der Verkehrsanlagen“ erst in der Sitzung am 03.12.2008 behandelt wird.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 6 – 0 – 0 bestätigt.

1.2. Genehmigung der Niederschriften vom 16.10.2008 und 22.10.2008

Die Niederschriften vom 16.10.2008 und 22.10.2008 lagen den Stadträten rechtzeitig vor. Änderungswünsche bestehen nicht.

Die Niederschrift vom 16. 10. 2008 wird mit 4 – 0 – 2 bestätigt.

Die Niederschrift vom 22. 10. 2008 wird mit 5 – 0 – 1 bestätigt.

Öffentliche Sitzung

4. Beschlussvorlagen

- 4.1. Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH
Jahresabschluss zum 31.12.2007
Vorlage: DS0513/08
-

Herr Koch gibt eine kurze Einführung in die Drucksache.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 4.2. Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg GmbH
Vorlage: DS0498/08
-

Herr Stern erklärt sein Mitwirkungsverbot.

Herr Wintzer von der PwC führt in die Drucksache anhand einer Präsentation ein. In diesem Zusammenhang stellt er dar, dass mit dem Stadtratsbeschluss im Dezember 2007 aus steuerlichen Erwägungen heraus beschlossen wurde, dass die Wobau eigene Anteile von der Landeshauptstadt Magdeburg erwerben sollte.

Zum Zeitpunkt der Fassung dieses Stadtratsbeschlusses waren die geplanten Änderungen in der handelsbilanziellen Behandlung des Erwerbs eigener Anteile durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes noch nicht bekannt.

Entsprechend dem derzeitigen Gesetzentwurf ist der Nennbetrag der erworbenen eigenen Anteile nunmehr offen von dem Posten „Gezeichnetes Kapital“ als Kapitalrücklage abzusetzen. Der Erwerb eigener Anteile wird damit ausschließlich auf der Passivseite der Bilanz abgebildet und ist unabhängig vom Erwerbszweck zwingend als Korrekturposten zum Eigenkapital zu behandeln. Die Verwendung der nach Eintragung der Kapitalherabsetzung im Handelsregister zu bildenden Kapitalrücklage für den Erwerb eigener Anteile kommt somit nicht mehr in Betracht. Die aus der Kapitalherabsetzung zu bildende Kapitalrücklage soll nunmehr durch eine jährliche Entnahme aus der Kapitalrücklage und den dadurch erwarteten Bilanzgewinn für eine jährliche Vorabgewinnausschüttung an die Landeshauptstadt Magdeburg verwendet werden.

Nach kurzer Diskussion stellt **Herr Bromberg** die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 7 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 4.3. Jahresabschluss 2007 der Jobcenter-Arbeitsgemeinschaft
Magdeburg GmbH
Vorlage: DS0515/08
-

Da keine Fragen bestehen und keine Einführung gewünscht ist, stellt **Herr Bromberg** die Drucksache sofort zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 4.4. Prioritätenliste zur Verbesserung des baulichen Zustandes der
Verkehrsanlagen
Vorlage: DS0487/08
-

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf die Sitzung am 03. 12. 2008 vertagt.

- 4.5. Fördermöglichkeiten in der Alten Neustadt
Vorlage: I0336/08
-

Herr Stern kritisiert, dass die Verwaltung bereits entschieden habe, wo die Mittel aus dem neuen Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ eingesetzt werden.

Herr Westphal hebt hervor, dass diese Information keine Angelegenheit für den Finanz- und Grundstücksausschuss, sondern für den Stadtentwicklungsausschuss sei.

Die Information wird von den Mitgliedern des Finanz- und Grundstücksausschusses nach kurzer Diskussion zur Kenntnis genommen.

- 4.6. ÜPL im Deckungskreis KiFöG in Höhe von 3.655.200 EUR in
den HHst 1.45400.760000.0 und 1.46400.718000.0
Vorlage: DS0543/08
-

Herr Bromberg bittet um Auskunft, wie die überplanmäßige Ausgabe in dieser Höhe entstanden ist und hinterfragt, ob es sich hierbei ggf. um eine schlechte Planung gehandelt habe.

Frau Pawletko führt aus, dass es eine erhebliche Erhöhung der Platznachfrage gegeben habe, die im Rahmen der Planung für das Jahr 2008 noch nicht absehbar war. Diese gestiegene Nachfrage werde man nun auch im Rahmen des Kita-Plans für das Jahr 2009, der im Jugendhilfeausschuss diskutiert werden wird, entsprechend berücksichtigen. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass alle Kinder in Sachsen-Anhalt einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung haben. Als weitere wesentliche Ursache für die Entstehung dieser überplanmäßigen Ausgabe führt sie die Tarifierpassungen an, die ebenfalls im Rahmen der Planung nicht absehbar waren. Im Übrigen war auch eine Steigerung des Anteils der Eltern mit einem Anspruch auf Übernahme des Elternbeitrages zu verzeichnen. In den Haushaltsplan 2009 habe man nun im Ergebnis dieser Entwicklung einen höheren Planansatz eingearbeitet. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass sich die höhere Inanspruchnahme der Kitaplätze in den

gewährten Landeszuschüssen immer erst mit einem Versatz von 2 Jahren niederschlägt. Mit Bezug auf die Tarifsteigerungen führt sie aus, dass das Jugendamt sich in diesem Zusammenhang die Gehaltsjournale von den Trägern vorlegen lässt und kontrolliert, ob diese die Tarifsteigerungen auch an die Erzieher weiterreichen. Nur wenn dies der Fall sei, werden auch die Tarifsteigerungen an die Träger ausgezahlt.

Frau Wübbenhorst erscheint um 18:10 Uhr zur Sitzung.

Frau Meinecke bittet um Auskunft, ob in den Einrichtungen denn tatsächlich so viele freie Plätze verfügbar waren, dass die Erhöhung der Platznachfrage tatsächlich gedeckt werden konnte. Dies wird ihr von **Frau Pawletko** bestätigt.

Herr Schindehütte ist der Ansicht, dass es im Rahmen der Pauschalfinanzierung doch gar nicht möglich sei, zu kontrollieren, ob die Träger die Tarifsteigerungen tatsächlich an ihr Personal weitergeben.

Frau Pawletko bestätigt, dass dies im Rahmen der Pauschalfinanzierung durchaus problematisch sei. Derzeit würden aber alle Träger ihre Gehaltsjournale für Kontrollen zur Verfügung stellen. Im Übrigen verweist sie darauf, dass das Jugendamt im Ergebnis der bisher gemachten Erfahrungen mit der gewährten Pauschalfinanzierung dieses Finanzierungssystem grundlegend überarbeiten werde. Die Einhaltung des Personalschlüssel werde darüber hinaus immer auch mit den tatsächlich belegten Plätzen kontrolliert. Der vom Land vorgegebene Mindestpersonalschlüssel beträgt derzeit:

- 1 : 6 im Krippenbereich
- 1 : 13 im Kindergartenbereich
- 1 : 25 im Hortbereich.

Des Weiteren weist sie darauf hin, dass die freien Träger zum Teil recht unterschiedliche pädagogische Konzepte vorhalten. Auch der unterschiedliche Gebäudestandard mit unterschiedlichen Sanierungsständen sei für die Vereinheitlichung und Neugestaltung des Finanzierungssystems ab Januar 2010 recht kompliziert.

Herr Westphal möchte wissen, wer letztlich prüft, ob der Aufwand, den wir jetzt nach der Übertragung der Kindertageseinrichtungen an freie Träger betreiben müssen, um diese kontrollieren, nicht höher ist als der Aufwand, den wir hätten selbst betreiben müssen, wenn wir diese Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft behalten hätten.

Herr Zimmermann erwidert, dass dies durch den FB 01 erfolgt. Im Übrigen verweist er darauf, dass der Oberbürgermeister auch im Ergebnis des Prüfberichtes des Landesrechnungshofes ein Controllingprojekt für diesen Bereich beauftragt hat.

Frau Pawletko verweist in Ergänzung der Ausführungen von Herrn Zimmermann, auch auf den Personalbedarf in den anderen FB/Ämtern der durch den kommunalen Betrieb der Kindertageseinrichtungen entstanden ist (wie z.B. im Zusammenhang mit der Gehaltsabrechnung).

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 4.7. Entwicklung und Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) sowie einmaliger Beihilfen gemäß § 22 und § 23 Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) - Stichtag: 30.09.2008
Vorlage: I0325/08
-

- 4.8. Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 2.800.700 EUR für die HHSt 1.48200.691100.1 "Kosten der Unterkunft und Heizung einschließlich Betriebskostennachzahlung" gem. § 22 Abs. 1 SGB II
Vorlage: DS0540/08
-

Die Information I0325/08 und die Drucksache DS0540/08 werden gemeinsam behandelt.

Herr Fahlke erläutert, dass der Planansatz um 2,8 Mio. EUR überschritten wird. Als Grund führt er die Steigerung der Nebenkosten an.

Herr Stern bittet um Auskunft, ob es pauschale Obergrenzen für die anerkennungsfähigen Betriebskosten gibt.

Herr Fahlke **erwidert, dass 2,30 EUR pro qm und Monat als Nebenkosten (allerdings ohne Strom) anerkannt werden. Die Stromkosten seien über den Regelsatz zu decken.**

Herr Westphal **möchte wissen, wer den Verbrauch überprüft.**

Herr Fahlke erläutert, dass die Arge die Betriebskostenabrechnung prüft. Ein Sanktionsmechanismus für eine festgestellte „Abweichung“ gebe es allerdings nicht.

Herr Bromberg macht den Vorschlag, dass man dieses Thema ggf. nochmals im Beirat der Arge ansprechen sollte.

Die Information I0325/08 wird von den Mitgliedern des Finanz- und Grundstücksausschusses zur Kenntnis genommen.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 4.9. Verschiedenes
-

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Hans-Dieter Bromberg
Vorsitzende/r

Michaela Paetsch
Schriftführer/in